PROTOKOLL

über die

Sitzung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Zwettl-Niederösterreich

am: Montag, dem 13. September 1993

im Gemeinderatssitzungssaal

Beginn: 19,00 Uhr

Ende: 20,15 Uhr

Anwesende:

Bürgermeister ÖkR. Franz Pruckner als Vorsitzender

(bei Behandlung des TOP 24. wegen Befangenheit abwesend)

Vizebürgermeister Judith Hofbauer

(bei Behandlung des TOP 24. als Vorsitzende)

Stadträte:

Franz EDELMAIER

Dir. Leopold RECHBERGER

Dipl.-Ing. Ewald SCHWARZ

Dir. Dr. Hans MITTERECKER ab Pkt. 5.

Johann SCHARITZER

Gemeinderäte:

Rudolf ASSFALL

Franz MÜLLNER

Erich BÖHM

Karl BRUCKNER

Franz PFEFFER

Wilfried BROCKS

Erwin ENGELMAYR

Franz PREISS

Karl HAIDER

Maria HAIDER

Herbert PRINZ

Josef HÖLZL

Hermann HÖRNDL

Friedrich SILLIPP

Norbert LINDENBAUER

Wilhelm HOFBAUER

Franz THALER

Ferdinand STEINER

Josef KAMPF

Rudolf TÜCHLER

Dr. Johann BERGER

Ing. Roland KAPFINGER

Engelbert WAGNER

Bruno GORSKI

KmzIR. Peter KASTNER

Erwin ZINNER

Gerhard MAYER

Entschuldigt waren:

StR. Johann HOFBAUER
GR LSI RegR. Ewald BIEGELBAUER
GR Anton POLLAK

Nicht entschuldigt waren:

Die gemeindeordnungsmäßige Einladung sämtlicher Mitglieder des Gemeinderates ist ausgewiesen.

Der Gemeinderat zählt 37 Mitglieder, anwesend sind hievon 34. Die Sitzung ist daher ----- beschlußfähig.

Die Sitzung ist ----- öffentlich.

Erweiterung der Tagesordnung

Vor Eingang in die Tagesordnung gibt der Bürgermeister bekannt, daß folgender schriftlicher Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung vorliegt:

Provisorische Kindergartengruppe Marbach am Walde, Mietvertrag mit der Pfarre Marbach am Walde

Die Aufnahme des vorstehenden Dringlichkeitsantrages in die Tagesordnung wird

einstimmig genehmigt.

1. Genehmigung des Protokolls der letzten Gemeinderatssitzung

Das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 2. August 1993 ist in der Zeit vom 5. bis 20. August 1993 zur Einsichtnahme durch die Mitglieder des Gemeinderates aufgelegt. Einwendungen hiezu sind nicht eingelangt. Das Protokoll gilt somit als

genehmigt.

2. Gebarungseinschau des Landes, Bericht (Zl. 006-0)

Der Bericht der NÖ Landesregierung vom 15. Juni 1993, GZ.: II/1-A-560-93, über das Ergebnis der von der Aufsichtsbehörde in den Jahren 1992 und 1993 durchgeführten Gebarungseinschau samt der Stellungnahme des Bürgermeisters vom 4. August 1993 wird dem Gemeinderat gemäß § 89 Abs. 2 der NÖ Gemeindeordnung vorgelegt.

Der Stadtrat beantragt die Kenntnisnahme.

GR Dr. Johann Berger weist darauf hin, daß er seitens seiner Fraktion in der Vergangenheit mehrmals darauf hingewiesen hat, daß Nachtragsvoranschläge immer wieder dazu benützt wurden, um Ausgaben nachträglich zu sanieren; der Gebarungseinschaubericht gibt diesen Feststellungen recht.

Der Bürgermeister ist in seiner Stellungnahme darüber hinweggegangen; lediglich beim Kapitel Haushaltsüberwachung wurden Sitzungsdaten von Gemeinderatssitzungen angeführt, in denen die diesbezüglichen Gemeinderatsbeschlüsse gefaßt wurden. Wie oberflächlich diese Stellungnahme ist, ist aber daraus zu ersehen, daß z.B. am 14. Dezember 1991 gar keine Gemeinderatssitzung stattgefunden hat, sondern zwei Tage früher oder später. Die Gebarungseinschau wurde offensichtlich zu früh abgeschlossen, da mittlerweile wieder eine Gesetzesüberschreitung stattgefunden hat; der Bürgermeister hat in seiner Kompetenz eine Person angestellt, ohne daß dies durch den Dienstpostenplan gedeckt war; für den Dienstpostenplan ist aber der Gemeinderat zuständig.

Der Bürgermeister stellt zu diesen Ausführungen fest, daß beim Datum der Gemeinderatssitzung vermutlich ein Schreibfehler unterlaufen ist; das wesentlichste ist es aber, daß der Gemeinderatsbeschluß tatsächlich gefaßt wurde. Die von GR Dr. Johann Berger erwähnte Anstellung erfolgte vorerst befristet auf sechs Monate in der Kompetenz des Bürgermeisters; sollte das Anstellungsverhältnis verlängert werden, wird selbstverständlich auch der Dienstpostenplan entsprechend abgeändert.

GR Dr. Johann Berger stellt hinsichtlich der erwähnten Gemeinderatsbeschlüsse weiters fest, daß diese wiederholt werden müßten, wenn das Vorhaben nicht innerhalb eines Jahres realisiert werde.

Der Bürgermeister stellt hiezu fest, daß dies nicht den Tatsachen entspricht; ein einmal gefaßter Beschluß gilt selbstverständlich auch in Zukunft weiter, eine weitere Beschlußfassung hätte nur dann zu erfolgen, wenn eine Ausgabe im laufenden Voranschlag nicht gedeckt ist.

Sohin wird der Gebarungseinschaubericht des Landes samt der Stellungnahme des Bürgermeisters ohne weitere Wortmeldung

einstimmig zur Kenntnis genommen.

3. Neuerstellung der Plangrundlagen des Flächenwidmungsplanes der KG Zwettl Stadt, Oberhof, Koppenzeil und Moidrams; Auftragsvergabe (Zl. 031-2)

Der Flächenwidmungsplan für die Katastralgemeinden Zwettl Stadt, Oberhof, Koppenzeil und Moidrams ist aufgrund vielfacher Änderungen von Plangrundlagen (Grundstücksgrenzen, Teilungen, neue Straßenzüge etc.) sowie Änderungen der Flächenwidmung derartig unübersichtlich und unleserlich geworden, daß zwecks Vermeidung von Rechtsunsicherheiten eine Neuerstellung unvermeidlich ist. Es ist erforderlich, eine neue Kartengrundlage im Maßstab 1:5000 zu erarbeiten und in diese die Flächenwidmung mit dem letzten Stand (85. Änderung) einzutragen. Die Gesamtkosten belaufen sich gemäß Kostenvoranschlag von Dipl.-Ing. Dr. Luzian Paula, Wien, vom 2. Juli 1993, auf S 115 042,20 inkl.USt.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

4. Änderungen des örtlichen Raumordnungsprogrammes (Zl. 031-2)

Der Stadtrat beantragt, folgende Änderungen des örtlichen Raumordnungsprogrammes zu beschließen:

a) KG Niederstrahlbach (88. Änderung)

Um für einige ortsansässigen Jungfamilien Bauplätze schaffen zu können, sollen die Grundstücke Nr. 609, 614, 616, 617 und 620 in einer Tiefe von ca. 30 m von Grünland-Landwirtschaft in Bauland-Agrargebiet umgewidmet sowie eine 6 m breite Verkehrsfläche (Wohnsiedlungsstraße) gewidmet werden. Eine positive Vorbegutachtung der Raumordnungsabteilung der NÖ Landesregierung liegt vor. Die Änderung war in der Zeit vom 30. März bis 25. Mai 1993 zur allgemeinen Einsichtnahme öffentlich kundgemacht; Stellungnahmen hiezu wurden nicht abgegeben.

b) KG Schloß Rosenau (89. Änderung)

In der KG Schloß Rosenau sollen drei Gebäude, u.zw. zwei ehemalige landwirtschaftliche Betriebe auf Grundstücks Nr. 208/2 und .24/1, 2 sowie die ehemalige sogenannte "Hacklmühle" auf Grundstück Nr. .25 als im Grünland erhaltenswertes Gebäude ausgewiesen werden. Sämtliche Gebäude wurden bereits vor Rechtskraft des Flächenwidmungsplanes errichtet, befinden sich in einem technisch einwandfreien Zustand und haben keinen störenden Einfluß auf das Landschaftsbild. Eine positive Begutachtung der Raumordnungsabteilung der NÖ Landesregierung liegt vor. Der Änderungsentwurf lag in der Zeit vom 30. März bis 25. Mai 1993 zur allgemeinen Einsicht auf, Stellungnahmen hiezu sind nicht eingelangt.

c) KG Großglobnitz (91. Änderung)

Hier handelt es sich um die Umwidmung des für den Neubau eines Kindergartens erforderlichen Areals auf dem Grundstück Nr. 28 (teilweise), 598, 599/4 und 399/1 (teilweise), welches sich im unmittelbaren Anschluß an die Volksschule befindet. Die Widmung soll "Bauland-Sondergebiet-Kindergarten" lauten.

Gemäß der Empfehlung der Raumordnungsabteilung der NÖ Landesregierung soll gegenüber der Bundesstraße 37 zusätzlich ein Grüngürtel vorgesehen werden.

Der Änderungsentwurf lag in der Zeit vom 30. März bis 25. Mai 1993 zur allgemeinen Einsicht auf, Stellungnahmen sind nicht eingelangt.

d) KG Großhaslau (92. Änderung)

Die Grundstücke Nr. 52 (teilweise) und 54 im Gesamtausmaß von rund 2100 m² sollen von derzeit Grünland-Landwirtschaft in Bauland-Agrargebiet umgewidmet werden. Es handelt sich um zwei Schuppen, deren landwirtschaftliche Nutzung inzwischen ausgelaufen ist. Da sich die Gebäude in unmittelbarem räumlichen Zusammenhang mit der westlich angrenzenden Bebauung befinden, sollen sie für Wohnzwecke entsprechend umgebaut und erweitert werden.

Eine positive Vorbegutachtung durch die Raumordnungsabteilung der Landesregierung liegt vor.

Der Änderungsentwurf war in der Zeit vom 25. Mai bis 20. Juli 1993 öffentlich kundgemacht.

Stellungnahmen hiezu sind nicht eingelangt.

e) KG Ratschenhof (93. Änderung)

Zur Schaffung eines Dorfangers soll ein derzeit noch unbebauter Bauland-Wohngebietsstreifen in Richtung Nordwesten verschoben und gleichzeitig die zur Erschließung notwendigen Verkehrsflächen festgelegt werden. Die durch die Verschiebung entstehende Angerfläche soll als Grünland-Park gewidmet werden.

Eine positive Vorbegutachtung durch die Raumordnungsabteilung der NÖ Landesregierung liegt vor.

Die Änderung war in der Zeit vom 25. Mai bis 20. Juli 1993 öffentlich kundgemacht; Stellungnahmen sind nicht eingelangt.

Der Stadtrat beantragt die Beschlußfassung folgender Verordnungen:

zu a):

" V E R O R D N U N G

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ vom 13. September 1993

§ 1

Aufgrund des § 22 Abs. 1 NÖ Raumordnungsgesetz 1976, LGB1. 8000-8, wird das örtliche Raumordnungsprogramm dahingehend geändert, daß für die auf der hiezu gehörigen Plandarstellung rot umrandeten Grundflächen in der Katastralgemeinde Niederstrahlbach die auf der Plandarstellung durch rote Signatur dargestellte Widmungs- bzw. Nutzungsart festgelegt wird.

§ 2

Die Plandarstellung, welche mit dem Hinweis auf diese Verordnung versehen ist, liegt im Stadtamt während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

§ 3
Die NÖ Landesregierung hat diese Verordnung gemäß § 21 Abs. 5 und 7 und § 22 Abs. 3 des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976, LGBI. 8000-8, mit Bescheid vom § 4 genehmigt.

Diese Verordnung tritt gemäß § 59 Abs. 1 der NÖ Gemeindeordnung 1973, LGBI. 1000-5, am in Kraft."

Zu b) und c):

" V E R O R D N U N G
des Gemeinderates der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ vom 13. September 1993.

§ 1
Aufgrund des § 22 Abs. 1 NÖ Raumordnungsgesetz 1976, LGBI. 8000-8, wird das örtliche Raumordnungsprogramm dahingehend geändert, daß für die auf der hiezu gehörigen Plandarstellung rot umrandeten Grundflächen in der Katastralgemeinde S c h l o ß R o s e n a u und G r o ß g l o b n i t z die auf der Plandarstellung durch rote Signatur dargestellte Widmungs- bzw. Nutzungsart festgelegt wird.

§ 2
Die Plandarstellung, welche mit dem Hinweis auf diese Verordnung versehen ist, liegt im Stadtamt während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

§ 3
Die NÖ Landesregierung hat diese Verordnung gemäß § 21 Abs. 5 und 7 und § 22 Abs. 3 des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976, LGBI. 8000-8, mit Bescheid vom § 4 genehmigt.

Diese Verordnung tritt gemäß § 59 Abs. 1 der NÖ Gemeindeordnung 1973, LGBI. 1000-5, am in Kraft."

Zu d) und e):

" V E R O R D N U N G
des Gemeinderates der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ vom 13. September 1993.

§ 1
Aufgrund des § 22 Abs. 1 NÖ Raumordnungsgesetz 1976, LGBI. 8000-7, wird das örtliche Raumordnungsprogramm dahingehend geändert, daß für die auf der hiezu gehörigen Plandarstellung rot umrandeten Grundflächen in der Katastralgemeinde G r o ß h a s l a u und R a t s c h e n h o f die auf der Plandarstellung durch rote Signatur dargestellte Widmungs- bzw. Nutzungsart festgelegt wird.

§ 2
Die Plandarstellung, welche mit dem Hinweis auf diese Verordnung versehen ist, liegt im Stadtamt während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

§ 3
Die NÖ Landesregierung hat diese Verordnung gemäß § 21 Abs. 5 und 7 und § 22 Abs. 3 des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976, LGBI. 8000-7, mit Bescheid vom § 4 genehmigt.

Diese Verordnung tritt gemäß § 59 Abs. 1 der NÖ Gemeindeordnung 1973, LGBI. 1000-5, am in Kraft."

GR Dr. Johann Berger ersucht um getrennte Abstimmung der unter lit. c) angeführten Änderung des Raumordnungsprogrammes in der KG Großglobnitz (91. Änderung) und bemängelt, daß kein Turnsaal vorhanden ist und durch den Kindergartenneubau auch der Grund für einen Spielplatz verbaut wird.

Es wären Überlegungen anzustellen, ob der Neubau des Kindergartens nicht an einer anderen Stelle möglich ist.

StR. Leopold Rechberger stellt hiezu fest, daß es für die Volksschule einen Turnsaal gibt, der aber derzeit als Klasse verwendet wird, weil der Kindergarten in der Schule untergebracht ist; nicht zuletzt deswegen wird auch der Neubau des Kindergartens angestrebt.

Was den Spielplatz betrifft, so wurde vor kurzem ein gegenüber der Schule liegendes Grundstück angemietet, welches als Spielplatz benützt werden kann.

Die getrennte Abstimmung ergibt:

Der Antrag des Stadtrates zu a), b), d) und e) wird
der Antrag zu Pkt. c) wird ebenfalls

einstimmig beschlossen;
einstimmig beschlossen.

5. Parkraumüberwachung in Zwettl Stadt; Auftragsvergabe (Zl. 120-200)

Für die geplante Parkraumüberwachung in der Stadt Zwettl wurden Angebote von folgenden Überwachungsfirmen eingeholt:

- a) ÖSTERREICHISCHER WACHDIENST CHWOYKA, Landesleiter Hans Lattus,
Linzer Straße 27, 3100 St. Pölten;
- b) BEWACHUNGSDIENST DR. FRISCH-SECUROP, Landesleiter Herbert Stitz,
Kremser Landstraße 68, 3100 St. Pölten;
- c) BEWACHUNGSGESELLSCHAFT DER INDUSTRIE, Landesleiter Peter Krammer,
Daniel-Gran-Straße 53, 3100 St. Pölten.

Die Angebote wurden von den genannten Firmen dem Ausschuß für Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Bau-polizei Stadt in einer jeweils ca. 30-minütigen Vorstellung erläutert; die Beachtungsgesellschaft der Industrie zog ihr Angebot im Verlauf dieser Vorstellung zurück.

Der Ausschuß gelangte zur Auffassung, daß von den beiden verbleibenden Firmen der Österreichische Wachdienst Chwoyka Bestbieter ist. Angeboten wird eine Überwachung 40 Stundenwoche durch ein Organ bzw. je 20 Stundenwoche durch zwei Organe zum Preis von S 187,-- zuzügl. USt. pro Stunde, Fahrtkosten inbe-

griffen. Die Firma beabsichtigt weiters die Gründung einer Niederlassung in Zwettl, um weitere Kunden für Überwachungsdienste zu gewinnen.

Der Stadtrat beantragt, den Österr. Wachdienst Chwoyka, Linzer Straße 27, 3100 St. Pölten, ab 1. Oktober 1993 mit der Überwachung des ruhenden Verkehrs im Stadtzentrum von Zwettl gemäß dem gelegten Anbot zu betrauen.

GR Erich Böhm kritisiert, daß die geplanten Maßnahmen bereits in der Bürgermeister-Zeitung veröffentlicht wurden, obwohl die Beschlußfassung durch die zuständigen Gremien noch nicht erfolgte; eine solche voreilige Ankündigungspolitik sei bedauerlich. Noch bedauerlicher ist, daß dem Gemeinderat keine Vertragsvereinbarung vorliegt, wie die Überwachung vonstatten gehen soll; ohne derartige Vertragsgrundlagen kann die SPÖ-GR-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen, obwohl die Parkraumüberwachung für notwendig erachtet wird.

Der Bürgermeister stellt hiezu fest, daß die Information der Bevölkerung sein gutes Recht sei und er dies auch in Zukunft so handhaben werde.

Vbgm. Judith Hofbaur weist darauf hin, daß die Angelegenheit im Ausschuß gründlich vorgestellt und vorberaten wurde und auch das Ergebnis allen Fraktionen in ausführlicher Form zugegangen ist. Im Ausschuß wurden auch mit der Firma bereits Einzelheiten des künftigen Vertrages geklärt, dem heutigen Antrag ist noch als Zusatz hinzuzufügen, daß der Vertrag vorerst auf sechs Monate abgeschlossen werden soll.

GR Erich Böhm und GR Karl Haider kritisieren abermals die mangelnde Information, worauf GR Franz Preiß es als unfair bezeichnet, wenn einerseits über mangelnde Information geklagt wird und andererseits das zuständige Ausschußmitglied der SPÖ-Fraktion bei der Ausschußsitzung nicht anwesend war.

GR Erich Böhm stellt hiezu fest, daß sich GR Norbert Lindenbauer auf Urlaub befand; die ÖVP-Fraktion habe es der SPÖ-Fraktion nach der letzten GR-Wahl verwehrt, Vertreter in die Ausschüsse zu entsenden.

Der Bürgermeister, StR. Leopold Rechberger und StR. Dr. Hans Mitterecker stellen dies heftig in Abrede und weisen darauf hin, daß es Aufgabe der SPÖ-Fraktion gewesen wäre, eine solche Regelung an die ÖVP-Fraktion heranzutragen.

Es entwickelt sich hierüber eine heftige Debatte, in deren Verlauf der Bürgermeister zur Ordnung ruft und appelliert, bei der Tagesordnung zu bleiben.

GR Dr. Johann Berger kritisiert, daß auch seine Fraktion, die 10 % der Bevölkerung repräsentiert, nicht informiert worden sei, deshalb könne auch seine Fraktion die Zustimmung nicht geben, obwohl die Notwendigkeit der Parkraumüberwachung grundsätzlich bejaht wird.

Sohin wird der Antrag des Stadtrates mit

6 Gegenstimmen und
3 Stimmenthaltungen des
BFZ, welche ebenfalls
als Ablehnung gelten,
mit 25 Stimmen beschlossen.

6. Kindergarten Zwettl, Provisorium Neuer Markt 17; Ausstattung (Zl. 2411-1)

Um für alle im Bereich Zwettl Stadt angemeldeten Kinder einen Kindergartenplatz bereitstellen zu können, wird die Gemeinde die provisorische Kindergartengruppe im Standort Neuer Markt 17 im September d.J. in Betrieb nehmen.

Zu diesem Zweck ist es erforderlich, die Gruppe mit einer Grundausrüstung an Spiel- und Beschäftigungsmaterial sowie Gymnastik- und Rhythmikgeräten zu versorgen.

Der Kindergarten-Ausstatter "Schmiderer & Schendl Ges.m.b.H. & Co KG, Salzburg" bietet zu geprüften und günstigen Bedingungen eine derartige Grundausrüstung an; die Kosten betragen S 78 776,-- abzügl. 8 % Sonderrabatt zuzügl. USt.

Wegen des bevorstehenden Kindergartenbeginnes wurde die Bestellung bereits durchgeführt.

Der Stadtrat beantragt die nachträgliche Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

7. Subventionsansuchen (Zl. 282, 321, 429-0)

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung folgender Subventionsansuchen:

- a) Kuratorium der Leopold Figl-Stiftung ✓ S 1 000,--;
- b) Jeunesse Musikfabrik Edelhof ✓ S 30 000,--;
- c) Caritas der Diözese St. Pölten ✓ S 71 605,--
für insgesamt 7160,5 im Rahmen der Sozialstation Zwettl im
1. Halbjahr 1993 geleistete Einsatzstunden sowie
eines einmaligen Sockelbetrages von S 2,--/Einwohner = S 22 854,--
für das Jahr 1993 aufgrund der bevorstehenden Eröffnung des
Behindertenheimes auf der Propstei;
- d) NÖ Volkshilfe Landessozial- und Wohlfahrtsverein ✓ S 2 945,--
für 294,5 geleistete Einsatzstunden im 1. Halbjahr 1993.

Der Bürgermeister stellt zu Pkt. c) und d) den Zusatzantrag, die Stundensätze auch für die Einsatz-
stunden des zweiten Halbjahres zu gewähren.

Einstimmig beschlossen.

8. Förderung von Solaranlagen (Zl. 529)

Nachstehend angeführte Ansuchen um Gewährung einer Förderung zur Anschaffung von Solaranlagen liegen
vor:

- a) Johann und Anna HAHN, 3924 Kleinmeinharts 1 ✓
Die Anschaffungskosten der Sonnenkollektoren für eine Wohnung betragen im Selbstbau S 12 559,37;
der Zuschuß beträgt daher S 3511,87.
- b) Josef und Renate MANDL, 3910 Rudmanns 168 ✓
Die Anschaffungskosten der Sonnenkollektoren für eine Wohnung betragen im Selbstbau S 10 416,85;
der Zuschuß beträgt daher S 3083,37.
- c) Karl und Franziska sowie Johann und Michaela WEICHSELBAUM, 3924 Kleinmeinharts 5 ✓
Die Anschaffungskosten der Sonnenkollektoren für zwei Wohnungen betragen im Selbstbau S 10 917,20;
der Zuschuß beträgt daher S 3183,44.
- d) Herbert ESSMEISTER, 3910 Zwettl, Karl Hagl-Straße 16 ✓
Die Anschaffungskosten der Sonnenkollektoren für eine Wohnung betragen im Selbstbau S 14 875,32;
der Zuschuß beträgt daher S 3975,06.
- e) Josef und Anna JAGSCH sowie Theresia GRÜN, 3910 Zwettl, Neubaustraße 1 ✓
Die Anschaffungskosten der Sonnenkollektoren für zwei Wohnungen betragen S 60 740,40; der Zuschuß
beträgt daher S 10 000,-- (Höchstbetrag).

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

9. Maschinengemeinschaft Johann DASTL, Rudmanns 17, Maria EIGNER, Friedersbach 62 und Alois EIGNER, Rudmanns 25; Förderungsansuchen zur Anschaffung eines Unkrautstriegels (Zl. 529)

Die vorgenannte Maschinengemeinschaft hat um Gewährung einer Förderung zur Anschaffung eines Unkraut-
striegels als Maßnahme zum Grundwasserschutz angesucht. Die Anschaffungskosten des Gerätes betragen
S 35 000,--; der 16%ige Zuschuß beträgt S 5600,--.

Das Ansuchen wurde geprüft und entspricht den Richtlinien des Gemeinderates vom 15. Dezember 1992;
die Verpflichtungserklärungen zum Einsatz des Gerätes gemäß Pkt. 5. der Richtlinien wurden abgegeben.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

10. Aufnahme der Intensivstation in das Raumordnungsprogramm für das Gesundheitswesen (Zl. 550-0)

Von der Krankenhausleitung wurde mit Schreiben vom 16. August 1993 mitgeteilt, daß im Raumordnungs-
programm für das Gesundheitswesen für Niederösterreich, LGBI. 8000/22-3 Anlage 1, die Intensivstation
des Krankenhauses Zwettl noch immer nicht aufscheint.

Da in Erfahrung gebracht wurde, daß das Raumordnungsprogramm in nächster Zeit novelliert wird, wird
von der Krankenhausleitung der Antrag gestellt, die Gemeinde möge einen diesbezüglichen Antrag um
Aufnahme der Intensivstation des Krankenhauses Zwettl in das NÖ Raumordnungsprogramm bei den Ab-
teilungen R/2, GS und VII/3 stellen, welcher wie folgt zu begründen wäre:

1. Im Einzugsgebiet des Krankenhauses Zwettl wohnen ca. 60 000 Menschen und das Krankenhaus ist als
Type 4 eingestuft, weil durch den Betrieb der Abteilung für Orthopädie und orthopädische Chirurgie
eine überregionale Schwerpunktfunktion gegeben ist.

In einem Grundversorgungs Krankenhaus mit einem Schwerpunktcharakter für Orthopädie und Pädiatrie mit drei operierenden Abteilungen muß jederzeit eine optimale postoperative Versorgung multimorbider Patienten, die ja auch in einem Grundversorgungs Krankenhaus im Akutversorgungsfall behandelt werden müssen, gewährleistet werden.

Auch bei intra- und postoperativen Komplikationen, die einer intensivmedizinischen Behandlung bedürfen, entspricht der Vorgang einer Verlegung an eine Intensivabteilung anderer Krankenhäuser nicht den anerkannten Methoden der medizinischen Wissenschaft.

Um die Grundsätze und anerkannten Methoden der medizinischen Wissenschaft nach § 1 des Raumordnungsgesetzes erfüllen zu können, bedarf es einer systemisierten intensivmedizinischen Abteilung.

Weiters werden schon derzeit polytraumatisierte Patienten mit dem Notarztwagen transferiert, insbesondere während der Nacht oder bei Schlechtwetter, wenn kein Hubschraubereinsatz möglich ist, sodaß sich auch hieraus die Notwendigkeit einer intensivmedizinischen Abteilung ergibt.

Am Institut wurden im Jahr 1991 362 und 1992 415 Patienten behandelt.

2. Ist-Zustand

2.1. Baulich:

Bei der Errichtung des Krankenhauses wurde eine Intensivstation mit 312 m² Betriebsfläche und sieben systemisierten Betten errichtet (sh. Plan).

2.2. Technik:

Die Intensivstation ist vollklimatisiert und verfügt derzeit über drei Beatmungsmaschinen (Marke Dräger-Evita) sowie ein komplettes Monitoring (Fa. HP) für sieben Betten, eine Anzahl von Infusomaten und Perfusoren, Patientenheber samt integrierter elektrischer Patientenwaage, fahrbares Röntgen- und US-Gerät etc.

2.3. Personelle Ausstattung:

Das Institut für Anästhesiologie ist mit Betriebsbewilligungsbescheid vom 13. Juli 1982 genehmigt und wird seither von einem Primararzt geleitet und es stehen ihm zurzeit weitere Fachärzte und zwei Ausbildungsassistenten und 15 Diplomkrankenschwestern zur Verfügung.

Mit Bescheid vom 22. Dezember 1987 folgte eine Reduzierung auf vier systemisierte Betten.

3. Da das Institut für Anästhesiologie baulich, technisch und personell existiert und für den Betrieb Bewilligungsbescheide vorliegen, sollte eine Aufnahme in das NÖ Raumordnungsprogramm erfolgen.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

Der Bürgermeister berichtet, daß in Abänderung der Anträge des Ausschusses für Soziale Wohlfahrt

und Gesundheitswesen und Stadtrates der vorstehende Sachverhalt noch mit Anregungen des Bürgerforums

Zwettl ergänzt wurde und beantragt die Beschlußfassung in der vorstehenden abgeänderten Form.

Einstimmig beschlossen.

11. Güterweg "Ottenschlag-Hintaus" in der KG Ottenschlag, Ausbau (Zl. 612-1)

In Zusammenarbeit und mit Förderungsmitteln der Abt. B/6 des Amtes der NÖ Landesregierung ist der Ausbau des Güterweges "Ottenschlag-Hintaus" in der KG Ottenschlag auf eine Gesamtweglänge von ca. 1350 lfm (ohne Privatzufahrten) beabsichtigt. Es handelt sich dabei um die Weggrundstücke Nr. 767, 769 und 764 der KG Ottenschlag, welche die Hintauswege im Ortsbereich darstellen, derzeit unbestimmt und zu schmal sind.

Das Projekt umfaßt die Abschnitte West mit einer Länge von ca. 310 m, Ost mit einer Länge von ca. 900 m und Süd mit einer Länge von ca. 140 m sowie die Errichtung von Privatzufahrten.

Mit der Errichtung des Abschnittes Ost soll ein Ersatz für den aufzulassenden, die Grundstücke durchschneidenden Weg Parz.Nr. 755 geschaffen werden. Die Länge des aufzulassenden Teiles der Parz.Nr. 755 beträgt ca. 500 m.

Mit Ausnahme eines Schotterweges auf eine Länge von ca. 180 m ist die Asphaltierung in einer Breite von 3 m vorgesehen; seitens der Bauabteilung 6 wird dies damit begründet, daß die zu bewirtschaftenden Grundstücke generell mit ihrer Kopfseite an die Weganlage anstoßen und immer auf der gesamten Feldbreite auf die Wege ausgefahren wird.

Aufgrund der bei Errichtung eines Spurweges zu erwartenden Beschädigungen, Verdrückungen und Aufweichungen wird der vollflächigen Bauweise der Vorzug gegeben. Die Grundeigentümer haben sich zur kostenlosen Grundabtretung bereiterklärt.

Die Gesamtbaukosten betragen nach derzeitigem Preisgefüge ca. S 1 600 000,-- (ohne Privatzufahrten); das Land Niederösterreich gewährt hiezu eine Beihilfe in Höhe von 50 %, sodaß nach Abzug dieser Beihilfe ein Gemeindebeitrag in Höhe von S 800 000,-- verbliebe, wovon heuer noch ein Betrag von ca. S 300 000,-- zu entrichten wäre. Die Interessentenbeiträge für die Privatzufahrten sollen im Rahmen des Gesamtprojektes über die Gemeinde abgerechnet werden; eine Beitragsleistung der Gemeinde hiezu ist nicht vorgesehen.

Der Stadtrat beantragt folgende Beschlußfassung im Gemeinderat:

- a) Leistung eines Gemeindebeitrages in der Höhe von S 300 000,-- für den Grundbau; die Asphaltierung soll erst in den kommenden Jahren nach Maßgabe der für Ottenschlag vorgesehenen Straßenbaumittel erfolgen.
- b) Die nach der Fertigstellung und Endvermessung entstehenden neuen Weggrundstücke werden in das Eigentum der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ, öffentl. Gut der KG Ottenschlag, übernommen und es beschließt der Gemeinderat in diesem Zusammenhang folgende Verordnung:

" V E R O R D N U N G
des Gemeinderates der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ vom 13. September 1993.

Gemäß § 32 Abs. 5 des NÖ Landesstraßengesetzes, LGBI. 8500 i.d.dzt.g.F., wird die im Lageplan der Abt. B/6 des Amtes der NÖ Landesregierung dargestellte Straßenanlage "Güterweg Ottenschlag-Hintaus" in der KG Ottenschlag ab dem Zeitpunkt der Fertigstellung und Freigabe für den Verkehr als Gemeindestraße dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Der Lageplan ist Bestandteil dieser Verordnung und mit einem Hinweis auf diese versehen. Er liegt im Stadtamt Zwettl während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf."

- c) Die nicht mehr benötigten Trennstücke der öffentlichen Weggrundstücke 767, 769, 764 und 755 der KG Ottenschlag werden nach Maßgabe einer noch durchzuführenden Auflassungsverhandlung gemäß § 32 Abs. 5 des NÖ Landesstraßengesetzes entwidmet und kostenlos an den Gutsbestand der jeweiligen Weganrainer abgegeben.
- d) Gegen eine Verbücherung gemäß § 15 ff Liegenschaftsteilungsgesetz, BGBI.Nr. 3/1930 i.d.dzt.g.F., besteht kein Einwand.

Einstimmig beschlossen.

12. KG Gradnitz, käufliche Überlassung von Teilflächen des öffentlichen Gutes sowie Ankauf und Übernahme von Flächen in das öffentliche Gut (Zl. 612-1)

Im Oktober 1992 fand die Kennzeichnung der neuen Besitzgrenzen nach dem durchgeführten Ausbau der Landesstraße 8235 im Ortsgebiet von Gradnitz statt.

Mit Schreiben vom 31. Oktober 1992 ersuchten einige Interessenten aus Gradnitz um käufliche Überlassung von Teilflächen des öffentlichen Gutes zwischen der Landesstraße und den einzelnen Häusern. Konkret handelt es sich um folgende Kaufinteressenten und Grundstücksflächen:

- a) Wolfgang LEHR, Gradnitz 18, ✓
ca. 60 m² von Parz.Nr. 1227/12, Naturstand Vorgarten;
- b) Alfred STEININGER und Mitbesitzer, Gradnitz 6, ✓
ca. 20 m² von Parz.Nr. 1227/5, Naturstand Wiese, landw. gen.;
- c) Franz und Ernestine BÖHM, Gradnitz 4, ✓
ca. 35 m² von Parz.Nr. 1227/5, Naturstand Hauszufahrt;
- d) Karl und Maria WAGNER, Gradnitz 2, ✓
ca. 65 m² von Parz.Nr. 1227/5, Naturstand Hauszufahrt;
- e) Maria SCHRÄMMEL, Gradnitz 26, ✓
ca. 140 m² von Parz.Nr. 1217/3, Naturstand eingefriedeter Vorgarten;
- f) Alois und Maria SCHRÖFL, Gradnitz 17, ✓
ca. 140 m² von Parz.Nr. 1224/1 und Rest der Parz.Nr. 1224/4 (ca. 441 m²), Naturstand landw. genutzt, Wiese.

Anstelle des unter f) aufzulassenden ehemaligen Weges soll der natürliche Wegverlauf über Parz.Nr. 40/1 und 1224/2 eingemessen werden.

Zur Übernahme dieses Wegstückes in das öffentliche Gut ist die Ablöse von ca. 100 m² der Parz.Nr. 40/1 von den Ehegatten Alois und Maria SCHRÖFL und ca. 15 m² der Parz.Nr. 1224/2 von den Ehegatten Johann und Berta HAHN erforderlich. ✓

Bei der am 3. August 1993 stattgefundenen Auflassungsverhandlung wurde festgestellt, daß für die verkaufsgegenständlichen Flächen des öffentlichen Gutes kein allgemeines Verkehrsbedürfnis besteht. Der Kaufpreis soll S 20,--/m² betragen und entspricht jenem Preis, den die Gemeinde für Grundablösen anlässlich von Landesstraßenausbauten zu entrichten hat.

Allenfalls über diese Teilflächen verlaufende Leitungen sind weiterhin zu dulden und die Kaufwerber erklärten sich hiemit einverstanden.

Die Kosten der Vermarkung, Vermessung, Erstellung der Vermessungsurkunde und grundbücherlichen Durchführung trägt das Amt der NÖ Landesregierung. Sollte dies im Einzelfall nicht möglich sein, sind die Kosten von den Käufern zu tragen.

Der Stadtrat beantragt,

- a) den Kauf, Verkauf bzw. Tausch der genannten Grundflächen zu einem Preis von S 20,--/m² zu genehmigen,
- b) die erworbenen Grundflächen in das öffentliche Gut der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ zu übernehmen und mit Verordnung dem öffentlichen Verkehr zu widmen,
- c) zu erklären, daß gegen eine Verbücherung gemäß §§ 15 ff Liegenschaftsteilungsgesetz, BGBl.Nr. 3/1930 i.d.dzt.g.F., kein Einwand besteht.

Die vorstehenden Anträge des Stadtrates werden

einstimmig beschlossen.

13. Wegauflassung in der KG Edelhof und Neutrassierung in der KG Rudmanns; Entwidmung und Kostentragung (Zl. 612-1)

Mit Beschluß des Gemeinderates der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ vom 9. März 1989 wurde das Ansuchen der Fachschule Edelhof um Verlegung des öffentlichen Weges Parz.Nr. 324 der KG Edelhof genehmigt, um die Errichtung einer Allzwecksportanlage zu ermöglichen. Am 17. Mai 1993 wurde vom Gemeinderat die Übernahme der neuen Wegtrasse in das öffentliche Gut beschlossen.

Mit der Übernahme der neuen Wegtrasse ist das Grundstück Parz.Nr. 324 der KG Edelhof für den öffentlichen Verkehr entbehrlich geworden; nach Maßgabe der Niederschrift über die am 3. August 1993 stattgefundene Auflassungsverhandlung soll dieses Grundstück im Ausmaß von 2474 m² aufgelassen, mit Verordnung entwidmet und unentgeltlich in den Grundbesitz des Bundeslandes Niederösterreich übergeben werden, da auch die neue Wegtrasse kostenlos an die Gemeinde übereignet wurde.

Der seinerzeitige Beschluß über die Kostentragung soll nun dahingehend abgeändert werden, daß sich die Fachschule Edelhof an den Kosten der straßenbaumäßigen Herstellung des neuen Weges (keine Asphaltierung) mit einem Interessentenbeitrag in Höhe von S 15 000,-- und der Bankettherstellung durch Beistellung von Hilfskräften beteiligt und die Kosten der Grundablöse und der Vermessung trägt.

Alle mit der grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten, Abgaben und Gebühren welcher Art auch immer, sollen - sofern eine Durchführung nach § 13 oder § 15 LTG nicht möglich ist - von der Gemeinde tragen werden.

Der Stadtrat beantragt, der Gemeinderat möge der Wegauflassung, -entwidmung und Änderung der Regelung hinsichtlich der Kostentragung zustimmen.

Einstimmig beschlossen.

14. KG Rudmanns, Abwasserbeseitigung BA 04; Auftragsvergabe (Zl. 8111-1)

Vom Amt der NÖ Landesregierung, Abt. B/3-C, wurde für die Erd-, Baumeister- und Stahlbetonarbeiten zur Herstellung der Nebensammler Waldrandsiedlung III/1 und Nebensammler Tennisplatz eine öffentliche Ausschreibung durchgeführt.

Bis zum Abgabetermin am 27. Juli 1993 langten folgende Angebote fristgerecht ein:

Asphalt & Beton Baugesellschaft m.b.H., Moidrams,	S 8 101 300,32
Swietelsky Baugesellschaft m.b.H., Rudmanns,	" 5 105 067,10
Held & Francke, St. Pölten,	" 6 092 991,24
Leyrer + Graf Baugesellschaft m.b.H., Zwettl,	" 4 544 813,64
Stuag, Gföhl,	" 6 753 412,27

Nach Durchrechnung und Gegenüberstellung der einzelnen Positionen durch das Büro Dr. Lengyel, Wien, ergab sich die Fa. Leyrer + Graf Baugesellschaft m.b.H. als Bestbieter mit einer Gesamtsumme von S 4 544 813,64 inkl. USt.

Aufgrund des Vergabevorschlages der Abt. B/3-C des Amtes der NÖ Landesregierung beantragt der Stadtrat, die Fa. Leyrer + Graf Baugesellschaft m.b.H. mit der Durchführung der Erd-, Baumeister- und Stahlbetonarbeiten für den Bauabschnitt 04 gemäß Anbot vom 27. Juli 1993 im Gemeinderat zu beauftragen.

Einstimmig beschlossen.

15. Öffentliche Beleuchtung Stadt - KG Oberhof (Zl. 816)

Im Ortsteil Oberhof werden die Freileitungen der EVN abmontiert. Aus diesem Grund muß auch die öffentliche Beleuchtung neu hergestellt werden.

Dafür sind acht neue Lichtpunkte und ca. 500 lfm Verkabelung erforderlich. Ebenso muß die bestehende Anlage abmontiert werden.

Die Elektroarbeiten sollen zu vereinbarten Bedingungen und Einheitspreisen laut Jahresausschreibung 1993 an die Fa. Ing. Ewald Mengl Ges.m.b.H., Zwettl, vergeben werden.

Die erforderlichen Erdarbeiten sollen von der für die EVN tätigen Fa. Swietelsky Baugesellschaft m.b.H. durchgeführt und die erforderlichen Leuchten von der Fa. AEG, Wien, zu den bisherigen Bedingungen und Preisen angekauft werden.

Die Gesamtkosten für dieses Vorhaben belaufen sich auf ca. S 150 000,-- inkl. USt.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

16. Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses Schulgasse 2 (ehem. Höllrigl-Haus); Auftragsvergaben (Zl. 846)

Der Stadtrat beantragt folgende Auftragsvergaben zum Neubau des Wohn- und Geschäftshauses Schulgasse 2:

a) Baumeisterarbeiten:

Die vom Architektenbüro Dipl.-Ing. Georg Thurn-Valsassina durchgeführte Ausschreibung brachte folgendes Ergebnis:

Fa. Stuag, Gföhl:	S 4 667 703,-- zuzügl. USt.
" Leyrer + Graf BaugesmbH, Zwettl:	" 5 289 120,10 - " -
" Georg Feßl GesmbH & Co KG, Zwettl:	" 5 470 891,-- - " -
" Asphalt- u. Beton BaugesmbH, Moidrams:	" 5 696 393,10 - " -
" W. Hartl Hoch- u. Tiefbau GesmbH & Co KG:	" 5 753 400,20 - " -
" Swietelsky BaugesmbH, Rudmanns:	" 6 078 087,50 - " -

Das Anbot der billigstbietenden Fa. Stuag enthält laut Prüfungsergebnis durch den Architekten einige Unterangebote.

In den Anboten sind auch Winterarbeiten enthalten, bei denen sich die Fa. Leyrer + Graf BaugesmbH als Billigstbieter erwies.

Da es sich bei der Fa. Stuag um keine ortsansässige Firma handelt, wurden mit dem Zweitbieter Fa. Leyrer + Graf BaugesmbH, Zwettl, Verhandlungen geführt und es erklärte sich die Fa. Leyrer + Graf BaugesmbH bereit, den Auftrag zum Preis der Fa. Stuag (S 4 951 633,-- inkl. Winterarbeiten) zu übernehmen.

Der Stadtrat beantragt daher die Vergabe an die Fa. Leyrer + Graf BaugesmbH, Zwettl.

b) Zimmererarbeiten:

StR. Leopold Rechberger berichtet, daß zwei Angebote eingelangt sind, nämlich von der

Fa. Leyrer + Graf BaugesmbH, Zwettl, zum Preis von S 415 456,-- exkl. USt. und

" Georg Feßl GesmbH & Co KG, Zwettl, - " - " 450 710,-- - " -

Die Angebote wurden überprüft und es wird beantragt, der billigstbietenden

Fa. Leyrer + Graf BaugesmbH zur vorgenannten Anbotsumme den Auftrag zu erteilen.

c) Planung und Ausschreibung der Haustechnik:

Im Interesse einer möglichst rationellen Planung der Haustechnik empfiehlt Arch. Dipl.-Ing. Georg Thurn-Valsassina, ein unabhängiges Planungsbüro mit der Planung und Ausschreibung der haustechnischen Anlagen (Heizung, Lüftung, Sanitär- und Elektroinstallation) zu beauftragen.

Es liegt hierfür ein Anbot der Fa. Haustechnik Planungsgesellschaft, Wien, vom 19. Juli 1993 mit einer Anbotsumme von S 161 111,73 exkl. USt. vor.

Der Stadtrat beantragt die Vergabe an diese Firma.

StR. Leopold Rechberger berichtet ergänzend, daß nach Verhandlungen mit der Haustechnik Planungsgesellschaft und Arch. Dipl.-Ing. Georg Thurn-Valsassina noch einige Positionen aus dem Auftrag herausgenommen werden können und von Arch. Dipl.-Ing. Thurn-Valsassina besorgt werden.

Weiters gewährt die Haustechnik Planungsgesellschaft ein Skonto von 5%.

Durch gesonderte Vergabe der Planung der Haustechnik reduziert sich das Architektenhonorar von Arch. Dipl.-Ing. Georg Thurn-Valsassina um ca. S 50 000,--, sodaß für die Planung der Haustechnik insgesamt ein Aufwand von S 83 000,-- exkl. USt. entstehen wird.

GR Gerhard Mayer stellt die Frage, warum man überhaupt eine auswärtige Firma zur Anbotlegung eingeladen hat, wenn es nachher Absprachen gibt und das Anbot der auswärtigen Firma mit der Begründung, daß sie nicht ortsansässig ist, abgelehnt wird.

Weiters wurde zu Pkt. c) im Ausschuß für Häuser- und Friedhofsverwaltung eine Prüfung in Aussicht gestellt, ob die Planung der Haustechnik nicht im Architektenhonorar inbegriffen ist, damit nicht eine doppelte Verrechnung stattfindet.

Weiters wird die Frage gestellt, ob es schon genauere Unterlagen über die Gesamtbaukosten des Hauses gibt. Auch liegt keine Information über die zukünftige Nutzung der einzelnen Wohnungen und Stockwerke vor; im Keller wurde ein Stüberl mit kompletten sanitären Anlagen und Nebenräumen geplant sowie ein Durchbruch durch die Stadtmauer und es stellt sich auch hier die Frage nach der Nutzung.

StR. Leopold Rechberger stellt hiezu fest, daß es an sich üblich ist, eine beschränkte Ausschreibung im Gemeindebereich durchzuführen, daß es aber zweckdienlich ist, fallweise auch auswärtige Firmen zur Anbotlegung einzuladen, um Preisvergleiche zu haben.

Im übrigen fühlt sich die Gemeinde verpflichtet, einheimische Betriebe zur Sicherung der Arbeitsplätze zu bevorzugen. Auch in ÖNORMEN sind Bestimmungen vorgesehen, daß einheimischen Firmen Vorteile eingeräumt werden können.

Über die Gesamtbaukosten liegen derzeit nur Schätzungen vor, die sich aber nach wie vor im ursprünglichen Rahmen halten.

Was die zukünftige Nutzung des Gebäudes betrifft, so werden die entsprechenden Vergaben durch den Gemeinderat erfolgen; das Kellergeschoß soll als Vereinslokal eingerichtet werden und muß daher selbstverständlich so ausgestattet sein, daß ein für sich abgeschlossener Vereinsbetrieb möglich ist. Beim Durchbruch durch die Stadtmauer handelt es sich um einen von der Baubehörde vorgeschriebenen Notausgang.

Es folgt eine längere Debatte über die Möglichkeiten der Errichtung eines Aufzuges vor oder innerhalb der Stadtmauer, an der sich der Bürgermeister, StR. Leopold Rechberger und die Gemeinderäte Karl Haider und Gerhard Mayer beteiligen.

Sonach wird der Antrag des Stadtrates mit den von StR. Leopold Rechberger beantragten Zusätzen einstimmig beschlossen.

17. Provisorische Kindergartengruppe Marbach am Walde, Mietvertrag mit der Pfarre Marbach am Walde (Zl. 248-9)

Über die provisorische Unterbringung einer Kindergartengruppe im Pfarrhaus Marbach am Walde fand am 26. August 1993 eine Besprechung an Ort und Stelle statt, deren Ergebnis vom Rechtsreferat der Diözese St. Pölten im Aktenvermerk vom 26. August 1993, Zl.: DFK-5421/93, festgehalten wurde. Demnach besteht Bereitschaft, der Gemeinde die im Pfarrhaus Marbach am Walde leerstehende Wohnung im Obergeschoß, bestehend aus drei Zimmern, einem Kabinett, einem Vorraum und Bad/WC im Gesamtausmaß von 92 m² samt Mitbenützung einer Teeküche im Erdgeschoß sowie eines Gartenteils als Spielfläche zu vermieten.

Der monatliche Mietzins beträgt S 2500,-- zuzügl. USt. und Betriebskosten, die erforderlichen baulichen Adaptierungen hätte die Gemeinde durchzuführen. Der Mietvertrag soll mit 31. Juli 1997 befristet werden.

StR. Leopold Rechberger beantragt die Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

NICHTÖFFENTLICHER TEIL DER SITZUNG

Der Bürgermeister beantragt den Ausschluß der Öffentlichkeit.

Einstimmig genehmigt.

Der folgende Teil der Sitzung ist nichtöffentlich und es wird hierüber ein eigenes Sitzungsprotokoll geführt.